

Mail an Christan Lindner vom 06.02.2020
Betr: Bundesrepublik / Regierungsbeteiligung

Sehr geehrter Herr Lindner,

nach unserem Treffen im Schlossgarten Hotel in Stuttgart am 06.01.2020, habe ich beigefügtes Schreiben verfasst, jedoch nicht gleich an Sie weggeschickt und zunächst den Entwurf mit einigen Parteifreunden besprochen.

Die Reaktionen waren sehr unterschiedlich, von begeisterter Zustimmung bis schroffer Ablehnung.

Jetzt nachdem der Bundesvorsitzende des Liberalen Mittelstandes, den ich selber mitgewählt habe und aus vielen Bundesdelegiertenversammlungen kenne, zum Ministerpräsidenten in Thüringen gewählt wurde, habe ich mich entschlossen Ihnen meinen Brief zu schicken.

Ich hoffe, dass Herr Kemmerich die volle Unterstützung der FDP erhält und er dem Druck unserer linkslastigen Gesellschaft aushält.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Braun

Anlage: Schreiben Regierungsbeteiligung.

Anlage an die Mail

Betr.: Bundesrepublik / Regierungsbeteiligung

Als langjähriger CDU-Anhänger und seit 20 Jahren Mitglied der FDP mache ich mir aktuell Gedanken, warum die FDP im bürgerlichen Lager nicht die Anerkennung findet, die sie verdient hat. Für mich gibt es 2 gravierende Sündenfälle.

Der erste hat 1972 stattgefunden, als die FDP das Weiterregieren von Willi Brandt ermöglicht hat. Deshalb bin ich nicht schon damals Mitglied der FDP geworden.

Als zweiten Sündenfall bezeichne ich die Situation 2011 / 12. Damals hätte die FDP die Merkel-Koalition wegen der Griechenlandkrise und Schuldenpolitik aufkündigen müssen.

Aktuell zeigen Umfragen und Wahlergebnisse in Bund und auch in den Ländern, dass es keine Mehrheit für CDU / FDP gibt, weil dies AfD-Wähler vermutlich ungewollt verhindern. An deren Stelle treten Regierungen der linken Parteien, SPD, Grüne und Linke teilweise mit Unterstützung der nach links gerückten Merkel-CDU. Dass die AfD so stark geworden ist hat 3 Gründe:

- a) Verfehlte Europapolitik im Hinblick auf Griechenlandkrise und Vergemeinschaftung der Schulden
- b) Die unverantwortliche Flüchtlingspolitik der Kanzlerin
- c) Aktuell hysterische Umweltpolitik

Für mich ist es unverantwortlich, die politische Gestaltung unseres Landes den linken Parteien zu überlassen. Dazu zähle ich auch die Konstellation Merkel-CDU + Grüne.

Die bürgerlichen Kräfte müssen sich zusammenschließen, mit Einbindung der AfD, wieder das Ruder in die Hand zu nehmen. Voraussetzung wäre für mich:

- a) Die CDU besinnt sich auf ihre traditionellen Werte
- b) Die AfD trennt sich von rechtsextremistischen Elementen

Notwendig wären ergebnisoffene Sondierungsgespräche.

Ziemlich sicher bin ich mir, dass der AfD langfristig durch eine vernünftige bürgerliche Politik die Existenzgrundlage entzogen würde und dafür die FDP den ihr zustehenden Stellenwert bekommen könnte.

Mail an Christan Lindner vom 15.02.2020
Betr: Landtagswahl Thüringen

Sehr geehrter Herr Lindner,

es war sicher ein Fehler, als Herr Kemmerich beim Wahlergebnis von 5% für das Amt des Ministerpräsidenten kandidiert hat. Es wäre Sache der CDU gewesen, einen Kandidaten zu stellen. Dazu war man wohl zu feige.

Nachdem Herr Kemmerich gewählt wurde war es falsch, aufgrund der Linken aller Farbschattierungen zurückzuziehen. Zumindest hätte der Versuch gemacht werden müssen, eine Regierung zu bilden, was allerdings schwierig geworden wäre.

Nicht mit der AfD zu reden halte ich für einen großen Fehler. Es gibt dort viele gemäßigte Kräfte, darunter auch ehemalige CDU-, SPD- und FDP-Mandatsträger. Mit extremistisch veranlagten Personen braucht man nicht zu reden. Diese muss man entlarven. Es ist dann Sache der Bürger, diese bei nächster Gelegenheit abzuwählen.

Ob ich mein Engagement für die FDP und für die Liberale Initiative fortsetze, überlege ich mir in den nächsten Wochen.

Mit freundlichen Grüßen

Karl Braun, Haiterbach

Brief an Schwarzwälder Bote
Betr.: Thüringen Wahl

Die Linken aller Farbschattierungen maßen sich an, die Demokratie für sich gepachtet zu haben. Die Partei der Linken mit ihrem Vorsitzenden Ramelow ist deutlich abgewählt worden, was die Bürger von Thüringen mit ihrem Abstimmungsverhalten klar zum Ausdruck gebracht haben.

Dass die Mitte-Rechts-Parteien von der Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, die Regierungsverantwortung zu übernehmen, ist legitim.

Der Makel daran ist, dass man dazu ausgerechnet die kleinste Fraktion als Gegenkandidat zur Ministerpräsidentenwahl ins Rennen geschickt hat. Dies wäre eigentlich Aufgabe der CDU gewesen, die wohl zu feige waren, selbst einen Kandidaten zu benennen. Jetzt herzugehen zu sagen, ein Wahlergebnis mit Stimmen der AfD sei nicht hinnehmbar, ist höchst undemokratisch. Als Begründung bezeichnet man die AfD als rechtsradikal und ihre Mitglieder als Nazis. 23% der Thüringer Bürger werden in den gleichen Topf geworfen, aus meiner Sicht eine unverschämte Behauptung.

In nahezu allen Kommentaren wurde bei Nennen der AfD der Zusatz „rechtsradikal“ oder „nazistisch“ hinzugefügt.

Im Gegensatz dazu wird die Linke Partei inzwischen als normale Partei dargestellt, ohne auch nur ansatzweise auf ihre Vergangenheit als SED-Nachfolgepartei hinzuweisen.

Ähnliches gilt für die Partei der Grünen, wo es Altkommunisten und frühere Terroristenunterstützer bis in hohe Ämter geschafft haben.

Nach meinem Demokratieverständnis muss mit allen gewählten Parlamentariern gesprochen werden, danach ist es Sache der Wähler, Extremisten bei folgenden Wahlen abzuwählen.

Karl Braun, Haiterbach

Mail von Christian Lindner vom 17.02.20
Betr.: AW: Landtagswahl Thüringen

Sehr geehrter Herr Braun,

wir Freie Demokraten sind eine Partei der politischen Mitte. Wir stehen gegen die Ränder. In Thüringen hat Thomas Kemmerich dies durch eine Kandidatur gegen AfD und gegen Linkspartei symbolisch unterstreichen wollen. Dieses lautere Motiv ist leider in katastrophaler Weise in das Gegenteil verkehrt worden, als er mit Stimmen von CDU und AfD gewählt wurde.

Heute kann man klar sagen: Es war ein Fehler von Thomas Kemmerich, im dritten Wahlgang angetreten zu sein. Und es war insbesondere ein Fehler, das Amt des Ministerpräsidenten unter diesen Bedingungen angenommen zu haben. Dafür haben wir im Namen der Partei öffentlich um Entschuldigung gebeten.

Landesverband und Landtagsfraktion der FDP in Thüringen handeln in eigener Verantwortung. Aber viele von uns und auch ich selbst unterlagen einer Fehleinschätzung: Ich habe mir nicht vorstellen können, dass die AfD einen Kandidaten nur zum Schein aufstellt, um unser demokratisches System zu verhöhnen und zu chaotisieren. Das ist eine neue Qualität des destruktiven Potenzials dieser Partei und eine Herausforderung für alle Demokraten in der Zukunft. Im Wissen um das taktische Verhalten der AfD hätte ich Herrn Kemmerich von seiner nur symbolisch gemeinten Kandidatur abgeraten.

Wir tragen Verantwortung für die Lage in Thüringen und darüber hinaus für die Debatte in Deutschland. Und wir übernehmen auch die Verantwortung für diese Lage. Bereits in meiner ersten Reaktion am Mittwoch habe ich mein Amt als Parteivorsitzender daran gebunden, dass die FDP auf keiner Ebene mit der AfD kooperiert. Neuwahlen haben wir als erste ins Gespräch gebracht. Am Donnerstag bin ich nach Erfurt gereist, um mit Herrn Kemmerich und der Fraktion zu beraten. Weniger als einen Tag nach der Wahl hat er seinen Rückzug politisch fixiert und hat auf alle Bezüge verzichtet. Die Fraktion hat eine Initiative für die Selbstauflösung des Landtags vorgeschlagen. Die Freien Demokraten in Thüringen streben Neuwahlen an, um den Wählerinnen und Wählern wieder das Wort zu geben.

Die Ereignisse in Thüringen haben unsere Position zu AfD und Linkspartei bestätigt: keine Kooperation mit der AfD, keine Koalition mit der Linkspartei. Faktisch hätte sich aber eine von Thomas Kemmerich geführte Regierung bei der Gesetzgebung im Landtag auf AfD oder Linkspartei stützen müssen. Dass mir der FDP-Bundesvorstand am Freitag mit einem sehr starken Ergebnis das Vertrauen ausgesprochen hat, bestärkt mich in unserem gemeinsamen Wertekonsens. Wir haben in den Tagen danach gesehen, dass in anderen Parteien das Verhältnis zu AfD und Linkspartei neu diskutiert werden muss.

Aus unseren Grundwerten erklärt sich: Wir Freie Demokraten haben mit der AfD nichts gemein. Die AfD ist eine Partei, die völkisches Gedankengut pflegt, während wir eine liberale, eine an das Individuum glaubende Partei sind. Die AfD setzt auf Abschottung, wo wir für Weltoffenheit plädieren. Wir stehen in scharfem Kontrast zu dieser Partei. Deshalb ist es umso bedauerlicher, dass die klare Positionierung der FDP durch die Ereignisse der letzten Tage angezweifelt werden konnte. Dass nun in ganz Deutschland Kommunalpolitiker beschimpft, bedroht und teilweise sogar angegriffen werden und um das Wohl ihrer Kinder fürchten müssen, ist unerträglich. Wer andere Demokraten im Namen der Demokratie angreift, hat nichts verstanden.

Das destruktive Verhalten der AfD ist ein taktischer Angriff auf die politische Kultur und alle Parteien des demokratischen Zentrums unseres Landes. Wir sind alle gemeinsam gefordert, diese Angriffe der AfD zu bewerten und aufzuarbeiten, unsere Konsequenzen für die Zukunft

daraus zu ziehen. Wir Freie Demokraten werden alles daran setzen, das Vertrauen der Menschen in Deutschland wieder zurück zu gewinnen.

Mit freundlichen Grüßen
Christian Lindner

Christian Lindner MdB
Bundesvorsitzender der FDP

Vorsitzender der Fraktion der
Freien Demokraten im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1
11011 Berlin

christian.lindner@bundestag.de
www.christian-lindner.de

<http://www.facebook.com/lindner.christian>
https://twitter.com/c_lindner
<https://www.instagram.com/christianlindner/>